Nr. 70/2019

Klimakrise auch bei uns

Der Klimawandel mit seinen weitreichenden Veränderungen wird bei uns immer deutlicher spürbar, meist leider negativ. Pflanzen gehen wegen der milder werdenden Winter viel früher in Saft und sind dann spätfrostgefährdeter. Schädlinge überwintern weit besser und schwächen so manche Kulturpflanze zusätzlich. Starkregen und Trockenperioden machen eine erfolgreiche Landund Forstwirtschaft immer schwieriger! Eine Baumart nach der anderen ist den vermehrt auftretenden Krankheitserregern nicht mehr gewachsen. Nicht nur die Pflanzenwelt leidet: Amselsterben durch den weiter in den Norden rückenden Usutu-Virus, Fischsterben durch zu warme Gewässer, Gesundheitsbedrohung der Menschen durch Tigermücken oder den West-Nil-Virus. Regelmäßig kommen neue Hiobsbotschaften aus der bedrängten Natur, die Vielfalt der Arten nimmt dramatisch ab.

Auch in unserer Gemeinde sind die

bedenklichen Folgen der Krise zu

erkennen:

... 20 Jahre Kleeblatt-Fest ...Verkehr ... facebook Starkregen führen zu Feuerwehreinsätzen, kranke Eschen und die hier ohnehin nicht standortgerechten, von Borkenkäfern befallenen Fichten werden massenweise gefällt, sensible Obstsorten liefern immer unregelmäßigeren Ertrag, neue, hochallergene Pflanzen, wie der Ragweed, breiten sich rasant aus und die Landwirtschaft leidet unter höherem Schädlingsbefall.

Das geänderte Klima wird auch positiv erlebt: Feigen wachsen und fruchten wie nie zuvor, Oleander oder Olivenbäume, teils sogar Granatapfelbäume überwintern im Freien ohne Frostschäden, eine mediterrane Stimmung macht sich breit. Dennoch ist es notwendig, zu warnen: Die Entwicklung scheint sich zunehmend zu beschleunigen und führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu immer größeren klimabedingten Krisensituationen:

Weniger Niederschläge im Sommerhalbjahr, Überflutungen nach Trockenheit. Missernten führen zur Existenzbedrohung der Landwirte. Diesen Sommer haben 25 mm Niederschlag in 2 Stunden - eigentlich nicht sehr viel



- gereicht, um Hauptstraßen und Gärten in Schlammflächen zu verwandeln, Hausfassaden bis in Kopfhöhe schlammbespritzt. Was wird wohl bei nicht unwahrscheinlichen, mehrfach höheren Regenmengen passieren?

Es ist ein völlig falscher Ansatz, Maßnahmen zu setzen, die die Wassermengen schnell aus

unserem Gemeindegebiet ableiten! Die häufigeren Trockenphasen werden verlangen, dass möglichst KEIN Liter des Regenwassers, das auf Gemeindebiet niedergegangen ist, schnell wegläuft! Hier ist auch die Landwirtschaft in die Verantwortung zu nehmen, die mit jahrzehntelangem Chemieeinsatz die Kulturböden nachhaltig beschädigt hat: Riesige Felder ohne einen einzigen Regenwurm, der so wichtig für die Wasseraufnahme und Belüftung der Böden wäre. Tote Böden, die bereits 2 Tage nach Wolkenbrüchen wieder Trockenrisse aufweisen, massiver Bodenverlust bei Regenfällen, Verschlämmungen von Feldern. Heuer wurden mehrere Gärten mehrmals durch angrenzende Felder so verschlämmt, dass es zu Totalausfällen bei mehreren Kulturen kam! Eine radikale Ökologisierung der Landwirtschaft wird zu einer Überlebensfrage für unsere landwirtschaftlichen Betriebe und damit auch unserer Kulturlandschaft werden!

Wenn heute ein Bauer, dessen Feld das Nachbargrundstück überflutete, einfach achselzuckend fragt: "Was soll ich denn tun?", dann ist das peinlich. Es fällt sogar ein-

fachen Bürgern auf, dass nach wie vor, auch auf großen Feldern, eher in Falllinie geackert und angebaut wird und nicht möglichst horizontal, was zwar unbequemer wäre, aber die Gefahr von Wasserabflüssen minimieren könnte! Die Zeit der Bequemlichkeiten ist ziemlich vorbei!







Soziale Medien

Den digitalen Sphären kann sich ja heutzutage kaum jemand entziehen, aus diesem Grund haben auch wir nun eine Facebook-Seite ins Leben gerufen, die nochmal eine andere Frequenz des Austausches ermöglicht. So werden wir ab sofort aktuelle Meldungen und lesenswerte Artikel teilen und diese auch gerne diskutieren.

Mit dieser Präsenz ergänzen wir unser Printmedium und unsere Homepage **www.gruenes-kleeblatt.at**, um die Möglichkeiten zu bieten, unsere Inhalte direkt zu teilen, verlinken und um sich vernetzen zu können.

So einfach geht's: bei Facebook anmelden, Seite aufrufen und auf "Gefällt mir" klicken!

https://www.facebook.com/GruenesKleeblatt/

Da wir – im Gegensatz zu vielen anderen - ohne finanzielle Werbemittel arbeiten, bitte den Link direkt eingeben.

Manuela Viktorik betreut die Sozialen Medien des **GRÜNEN KLEEBLATTS.**





klimaneutral gedruckt

www.druckmedien.at



Transparenz

Transparenz ist eine sehr dankbare Forderung: Für den durchschnittlich politisch interessierten Bürger ist der Vorwurf von Intransparenz leicht zu glauben und zeitintensiv zu widerlegen. Jede/r (Oppositions-)PolitikerIn kann sich mit der Forderung nach Transparenz leicht profilieren. Ebenso wird kein/e PolitikerIn bei Verstand dem Wunsch nach mehr Information widersprechen. Konkreter Anlass für die Forderung des GRÜNEN KLEEBLATTS nach mehr Information sind zwei möglicherweise anstehende Projekte in der Gemeinde: Der Umbau des Pfarrstadls in Ulrichskirchen und ein Standort der Firma REWE an der LH 6. Dass Bürgermeister Bauer beide Projekte als die seinen verkaufen will sollte nicht überraschen. Logisch ist aber auch, dass nicht nur die anderen Fraktionen, sondern auch so manche GemeindebürgerInnen zu Recht mitreden wollen: Kommt ein Großunternehmen in seiner Kalkulation zum Schluss, dass ein Standort profitabel wäre, heißt das

Verkehr zukunftsfähig

Unsere Gemeinde hat bereits viel getan, Verkehrsprobleme zu lösen: Die Landesstraßen in Ulrichskirchen wurden auf das gesetzlich vorgesehene Mindestmaß von 6 m verschmälert und damit nachweislich die Geschwindigkeit der Fahrzeuge reduziert, Tempolimits wurden eingesetzt, das Radwegnetz wurde Stück für Stück ausgebaut und die Beleuchtung modernisiert. Dennoch gibt es immer wieder Klagen über mangelnde Verkehrssicherheit. Beim letzten Gmoaabend meinte eine besorgte Bürgerin aus der Parkgasse in Kronberg, dass dort Kinder, die zum Spielplatz wollen, massiv durch den Autoverkehr gefährdet seien. Prompt schlug eine neue politischen Gruppierung unserer Gemeinde vor, dort eine Begegnungszone einzurichten. Gut gemeint, aber unmöglich. Es werden mehrere Kriterien nicht erfüllt: Fußgängerfrequenz, Anzahl der Querungen - Begegnungszonen werden in belebten Ortszentren errichtet.

Das **GRÜNE KLEEBLATT** setzt sich seit langem dafür ein, die Verkehrssituation in unserer Gemeinde durch Tempo 30 Zonen zu entschärfen, wie etwa in Ulrichskirchen. Bis auf Landesstraßen gilt hier der 30er. Die Bevölkerung wollte das so und es hat sich bewährt! Schleinbach und Kronberg haben sich damals leider gegen diese Regelung ausgesprochen.

Die Angst vor "Zeitverlust" bei Temporeduktion ist wohl bei manchen BürgerInnen zu groß, denn jemand, der 1 km weit mit 30 km/h anstatt mit 50 km/h fährt, braucht dafür 48 Sekunden länger. ABER: Wer bei 30 km/h ein über gleichzeitig, der Standort ist auch zum Vorteil für unsere Gemeinde? Solange aber noch nichts Konkretes vorliegt, sollte sich auch die Aufregung in Grenzen halten.

Was die VertreterInnen des *GRÜNEN KLEEBLATTS* aber sehr wohl aufregt und unter das Thema Transparenz fällt, ist das unregelmäßige Einberufen mancher Arbeitskreise. Daher wird eine Forderung des *GRÜNEN KLEEBLATTS* für die nächste Periode sein, dass Arbeitskreisvorsitzende zu öffentlichen Berichten und Protokollen verpflich-

tet sind. Dabei geht es darum, dass wir Transparenz nicht nur fordern, wenn es uns bei Einzelereignissen passt, sondern wir wollen allgemein die Leistungen der Arbeitskreise für die Gemeindebevölkerung nachvollziehbarerer machen.

Gemeinderat Lorenz Gschwent



raschendes Hindernis in 15m Entfernung erkennt, kommt bei einer Gefahrenbremsung bereits davor zum Stillstand. Bei 50 km/h fährt man noch UNGEBREMST in dieses hinein, da die Reaktionszeit dazu führt, dass der Bremsvorgang erst dann beginnt, wenn das Fahrzeug schon die Stelle erreicht hat. Ist dieses Hindernis ein unvorsichtiges Kind oder ein geistesabwesender Passant, dann führt der Geschwindigkeitsunterschied statt zu einem "Gott sei Dank ist nichts passiert!!" zu einem "Oh mein Gott, dass wollte ich nicht!!", nämlich zu einem –möglicherweise – toten Menschen!

Das **GRÜNE KLEEBLATT** wird den Vorschlag machen, nach umfassender Information eine neuerliche Befragung der jeweiligen Bevölkerung von Schleinbach und Kronberg durchzuführen. Und zwar mit folgender Begründung: Sicherheit geht vor Zeitersparnis.

Die Forderung des *GRÜNEN KLEEBLATT* nach einem Radwegenetz in unserem Gemeindegebiet wurde langsam aber stetig verwirklicht. Doch nach wie vor ist der Radweg längs der Landesstraße in Ulrichskirchen vielfach unterbrochen. Manch steiler Randstein ist zwar mittlerweile abgeflacht, dennoch fühlt man sich darauf eher "geduldet" als "gefördert"! Wir fordern dringend gekennzeichnete Radfahrerüberfahrten bei Straßenquerungen und vor allem auch ebene Querungen ohne Randsteinrumpler, wie sie in den Niederlanden, aber auch schon in einigen Orten Niederösterreichs eine Selbstverständlichkeit sind! RadfahrerInnen schonen die Umwelt, die Nerven der sonst lärmgeplagten Einwohner, sparen Ressourcen, sind CO2-neutral unterwegs.

UGR Wolfgang Exler



"Kinder und Besoffene sagen die Wahrheit", oder?

Ich möchte über die strafrechtliche Relevanz des Ibiza-Videos kein Wort verlieren, aber die demokratiepolitische Katastrophe dahinter lässt mich nicht schweigen! Denn ich glaube schon, dass man in der Hemmungslosigkeit eines ordentlichen Rausches sagt, was man sonst nur denkt und lieber für sich behält. Allerdings habe ich noch keinen Betrunkenen erlebt, der ausschließlich auf seinen Größenwahnsinn und sein Machtbestreben fokussiert ist. Zumindest die finanzielle Absicherung bleibt der Familie Strache garantiert, wenn uns Philippa Strache als Tierschutzbeauftragte im Nationalrat entgegenlächeln wird. Übrigens: Die Straches haben einen Hund. Ist das in dieser Partei genug Qualifikation, um im Parlament Wähler zu vertreten? Oder sind etwa doch die 8.000,-- Euro im Monat für das Familieneinkommen Motivation?

Aber die FPÖ hat noch mehr zu bieten: Nämlich in den letzten Jahren mehr als 50! rechtmäßig verurteilte Parteipolitiker. So viele Gesetzesbrecher in einer Partei hätte eigentlich den ehemaligen Koalitionspartner Sebastian Kurz schon stutzig machen müssen. Und die "wahnsinnig gute Arbeit" der ÖVP und FPÖ kann ich als einfache Staatsbürgerin auch nicht erkennen: 12-Stunden-Arbeitstag, Kürzung der Mittel für Frauenprojekte gegen häusliche Gewalt, vor allem aber Nichterfüllen der gesetzten Klimaziele. Gut, wir haben nicht mehr viele Migranten. Dafür brennen die Sommer unsere Erde auf oder verwüsten nie da gewesene Stürme das Land. Blöderweise kann ich zwar ganz gut leben, obwohl mein Nachbar vielleicht ein Moslem ist. Wenn unsere Ernten allerdings aus klimatischen Gründen regelmäßig ausfallen, dann nützt es mir gar nichts, wenn ich nur noch heimatverbundene, echte Österreicher im Land habe. Vielleicht ist das sogar schlechter, weil Muslime durchwegs sehr gastfreundlich sind und sogar das letzte Brot mit Dir teilen, diesbezüglich bin ich mir aber bei so manchen einheimischen Mitbürgern gar nicht so sicher. Und wenn Sebastian Kurz jetzt millionenschwere Förderungen in die Entwicklung von Wasserstoff-Technologien steckt, ist das wohl lobenswert, aber was machen wir nur in den nächsten dreißig Jahren? Ich hoffe von ganzem Herzen, dass einmal meine Enkeloder Urenkelkinder einmal nicht im finnischen Meeresbusen ertrinken werden, weil sämtliche Länder im Norden die Grenzen dicht gemacht haben, wegen der vielen Klimaflüchtlinge, die da aus einem vertrockneten Mitteleuropa in lebenswertere Regionen ziehen müssen.

Kollegin Pamela Rendi-Wagner hat nun auch den Umweltschutz entdeckt, da freue ich mich sehr darüber. Die sozialdemokratische Gesinnung wird ihr wohl derzeit mit allen Mitteln ans Herz gelegt, nur glauben kann ich an die Ehrlichkeit dieser Gesinnung schon lange nicht mehr. Denn auch während der Regierungsbeteiligung der "Roten" sind die Mieten überproportional zu den Gehältern gestiegen. Im roten Wien wurde die Integration völlig beiseite geschoben, vor allem Frauen, sei es aus dem ehemaligen Jugoslawien oder aus der Türkei, können auch heute nicht Deutsch, nach über 30 Jahren Aufenthalt in Österreich! Da wurde nichts, gar nichts getan. Schon vor Jahrzehnten hätte das Problem in den Kindergärten und Schulen, in Deutschkursen für Frauen und intensiven Integrationsangeboten bearbeitet gehört.

Die Grünen haben gute Chancen wieder im Nationalrat vertreten zu sein. Sie haben stets vor dem Klimawandel gewarnt.

In den ländlichen Gemeinden müssen dringend neue Mobilitätskonzepte umgesetzt werden. – Es braucht nicht immer riesige Busse, die 3x täglich durch die Dörfer fahren. Unser "Gmoamobil" für Bürger ab 65 ist ein guter Ansatz, löst aber das Problem nicht. Es geht um Einsparung von Emissionen, nicht nur um die Unterstützung unserer PensionistInnen. Es gibt so gute Konzepte in Niederösterreich, nur Umsetzen dürfen sollte man sie

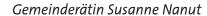


halt auch. Dafür braucht es aber viel Umdenken bei allen. So brauche ich mein Auto nur zweimal in der Woche. Fünf Tage steht es vor der Türe. Ich würde das gerne jedem borgen, der es braucht (car-sharing), nur die Versicherungen haben leider noch gar keine Möglichkeit einer versicherten Fremdfahrerei angedacht.

In einem niederösterreichischen Dorf gibt es das sogenannte "Mitfahrbankerl", auf das sich Menschen setzen, die mitfahren wollen. Es ist immer schnell wieder leer und es findet sich eine Mitfahrgelegenheit. Auch "Apps"für FahrerInnen und Mitfahrwillige könnten zu weniger Autos auf den Straßen führen. Also genug Möglichkeiten, die Klimamisere in Angriff zu nehmen. Jedoch so lange PolitikerInnen nur reden, WissenschafterInnen aber ganz was anderes fordern und dann keiner etwas tut, können wir getrost der Katastrophe entgegensehen. Die Grünen haben durch einen "Rat unabhängiger Klimaexperten" Unterstützung gegen die Klimakrise erhalten. Hoffentlich werden die WissenschafterInnen trotzdem von allen anderen gehört und ihre Forderungen ernst genommen.

Und noch etwas brennt mir auf der Seele: Die Einteilung der politischen Parteien in rechts und links. Diese Eintei-

lung entstand in den Jahren 1789 bis 1791 in der französischen Nationalversammlung. Rechts des Präsidenten saßen jene Abgeordneten, die der Monarchie zugetan waren, links die Bürger. Damals waren die Bürgerlichen noch links!





20 Jahre Kleeblatt

Ein gemütlicher Nachmittag und Abend mit Musik und Buffet

Samstag, 26.Oktober 2019 ab 16 Uhr Im Himmelkeller, Kronberg

Impressum: Grünes Kleeblatt

c/o Wolfgang Exler, 2122 Ulrichskirchen, Viehtrift 13,

Telefon: 0677 61415014 Eigenproduktion